

BERICHT AUS DEM GROSSEN RAT



Im Februar und im März behandelt der Grosse Rat ein ganzes Paket von Vorstössen zu den Tagesstrukturen und zur ausserschulischen Betreuung. Diskussionsbedarf besteht auch bei den Nutzungsansprüchen bezüglich Turnhallen, Jokertagen, Chancengerechtigkeit in der Zuteilung auf Schulstandorte, bei (angeblichem) Bedarf für schulexternes Sicherheitspersonal im Kleinbasel, Umweltworkshops und Belästigungsaufklärung.

Neu gewählt werden Michela Seggiani (SP, Nachfolge von Claudia Miozzari) als Mitglied der **Bildungs- und Kulturkommission** und Jessica Brandenburger (SP, Nachfolge von Tim Cuénod) als Mitglied der **Interparlamentarischen Kommission IPK FHNW**. Für eine längere Debatte sorgt eine Motion von Lorenz Amiet (SVP) betreffend **«Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub»**. Verlangt werden aus familienpolitischen Gründen zwei zusätzliche Jokertage für Familien; gegen den Willen der Regierung, welche insbesondere eine weitere Benachteiligung der Berufslehre befürchtet, wird die Motion mit 59 zu 21 Stimmen (FDP, Mehrheit LDP, vereinzelte) erstüberwiesen.

Für etwas Unruhe sorgt eine Interpellation von Sasha Mazzotti (SP) betreffend **«Klassenzahlen auf dem Campus Bäumlihof, Drei Linden, Hirzbrunnen»** und ihre schriftliche Beantwortung durch die Regierung. Die Interpellantin ist mit der Antwort der Regierung auf die mit grossem Mehr zweitüberwiesene Motion von Alex Ebi betreffend eine neue Dreifachturnhalle auf dem Areal sehr unzufrieden: Neben anderen schulischen wie ausserschulischen Nutzungsansprüchen ist die künftige Nutzung durch die Klassen der Sekundarschule Drei Linden vergessen gegangen; die Regierung wird aufgefordert, die verschiedenen Bedürfnisse trotz der rechtlichen Unzulässigkeit der Motion ernster zu nehmen.

Im März geht es bildungspolitisch insbesondere um die weitestgehend unbestrittenen Anpassungen des Schulgesetzes bezüglich der Tagesstrukturen aufgrund dreier Motionen: betreffend **«gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote»** (Claudio Miozzari, SP), **«keine Ausgrenzung von Kindern in den Tagesferien auf Grund der Schulwahl»** (Sandra

Bothe, GLP), **«gesetzlich verankerte Vertretung der Tagesstrukturen in den Schulräten»** (Brigitte Gysin, Mitte/EVP). Die Neuregelungen spiegeln den enormen Zuwachs an gesellschafts- und schulpolitischer Bedeutung der (ausser)schulischen Betreuung, aber auch deren Zersplitterung in unterschiedliche und unterschiedlich geregelte Angebote. Eindrücklich sind die Zahlen: 2022/2023 wurden 3800 Tagesstrukturplätze von 5282 Schulkindern belegt, zusätzlich besuchten 4334 Kinder die Kindertagesstätten und rund 1000 Kinder das Mittagstischangebot der Sekundarstufe; weitere Angebote sind hier noch nicht einmal erfasst. Als erledigt wird der Anzug Edibe Gölge (SP) betreffend **«Einführung Tagesschulen»** abgeschrieben und der Anzug Kaspar Sutter (SP) betreffend **«familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen»** stengelassen.

Behandelt werden auch zwei Anliegen aus der Petitionskommission. Das Parlament überweist sowohl die Petition aus dem Jungen Rat betreffend **«Einführung eines obligatorischen Workshops zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an den Sekundarschulen»** mit 63 (SP, GAB, GLP, Mehrheit FDP) zu 27 Stimmen (SVP, Mehrheit aus Mitte/EVP und LDP) wie die Petition **«Einführung von umfassender Aufklärung und Prävention gegen allgemeine und sexuelle Belästigung in schulischen Bildungsprogrammen»** mit 70 gegen 17 Stimmen (SVP, vereinzelte) an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

In einer Interpellation stellt Fleur Weibel (GAB) Fragen zur **«Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen»**. Nach kontroverser Diskussion wird ein Anzug von Edibe Gölge (SP) zur **«besseren Durchmischung der Schulklassen für mehr Chancengerechtigkeit»** mit 47 (SVP, LDP, Mitte/EVP, GLP, FDP) zu 45 Stimmen (SP, GAB) abgeschrieben: Gefordert waren eine teilweise Aussetzung des Quartierprinzips und die Prüfung des Einsatzes bestehender digitaler Tools zur Standortzuteilung von Schülerinnen und Schülern. Auch ein Anzug von Annemarie Pfeifer (GAB) von 2017 (!) betreffend **«Evaluation und Beruhigung der integrativen Schule»** wird nun – einzig gegen die Stimmen der GAB – mit 70 zu 15 Stimmen abgeschrieben: In einzelnen Voten scheint die komplexe Auseinandersetzung um die optimale Ausgestaltung der integrativen Schule auf, die ja auch aktuell im Spannungsfeld schul(politischer) Positionsbezüge und einer möglichen Abstimmung (sog. «Förderklasseninitiative») steht.

Hinweis: Die Aprilsitzungen des Grossen Rates konnten noch nicht berücksichtigt werden. Die erwähnten Schriftdokumente – und viele mehr – finden sich auf der FSS-Website: www.fss-bs.ch/bildungspolitik-basel-stadt/. Protokolle der Grossratsitzungen inklusive Audio- und Videoaufzeichnungen finden sich auf der Grossratsseite www.grosserrat.bs.ch.

Michael Bochmann Grob, Mitglied Geschäftsleitung FSS